

Aus aktuellem Anlass:

Rüstungsexporte

1. Vorrangig versteht sich die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als **Ausrüster** von deutschen Polizeikräften sowie der Teilstreitkräfte der Bundeswehr.
2. Die komplette Entscheidungshoheit in jedem Einzelfall liegt bei der jeweils amtierenden **Bundesregierung**, die Industrie entscheidet hier nichts. Es ist vollkommen klar, dass das **Primat der Politik** gilt. Als Industrie akzeptieren wir jede Entscheidung der Bundesregierung zu **Rüstungsexporten**. Für die Entscheidung spielen sehr viele außen- und sicherheitspolitische Erwägungen sowie menschenrechtliche Aspekte eine Rolle, die allerdings zu selten der Öffentlichkeit erklärt werden.
3. Mit Blick auf den **Exportstopp** nach Saudi-Arabien erwarten wir einen **Vertrauensschutz** für die Unternehmen, deren Exporte bereits genehmigt waren: Für diese Unternehmen muss eine wirtschaftlich tragbare Lösung gefunden werden. Hier muss es im Fall einer endgültigen Ausfuhrverweigerung zu einer angemessenen **Kompensation** kommen.
4. Die Lieferungen einzelner Rüstungsexporte an Parteien des Jemen Konfliktes ist eine Konsequenz aus der vor Kurzem erzielten Vereinbarung der Koalition, um **vertraglichen Lieferverpflichtungen** gegenüber europäischen Partnern nachzukommen.
5. Ferner ist der BDSV der Auffassung, dass die Bundesregierung bei ihrer Rüstungsexportpolitik eine **Harmonisierung** mit der entsprechenden Vorgehensweise ihrer wichtigsten **europäischen Verbündeten** im Auge haben muss, da anderenfalls die Ansätze für **europäische Rüstungskooperationen** akut gefährdet werden und das Vertrauen in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bei Partnern und Kunden noch weiter in Frage gestellt wird.